



GESUNDHEIT UND PFLEGE AKTUELL

AUSGABE 02/2016

BUNDESWEITER TAG DER ORGANSPENDE

„RICHTIG. WICHTIG. LEBENSWICHTIG.“

Am 4. Juni 2016 war Tag der Organ- und Gewebespende. Die zentrale Veranstaltung der DSO (Deutsche Stiftung Organtransplantation) wurde in diesem Jahr in München von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe eröffnet. Das Bühnenprogramm und die Pavillons der Verbände und gemeinnützigen medizinischen Vereine boten die Möglichkeit, sich über die Organ- und Gewebespende zu informieren und für persönliche Gespräche.

Anlässlich des Tages der Organ- und Gewebespende hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) erste Ergebnisse der bundesweiten Repräsentativbefragung „Einstellung, Wissen und Verhalten der Allgemeinbevölkerung zur Organ- und Gewebespende in Deutschland 2016“ veröffentlicht. Daraus geht hervor: Die überwiegend positive Einstellung zum Thema Organ- und Gewebespende ist seit 2010 konstant hoch und liegt in diesem Jahr bei 81 Prozent. 32 Prozent der Befragten besitzen einen Organspendeausweis. Daneben spielt die Patientenverfügung bei der Dokumentation der Entscheidung zur Organ- und Gewebespende eine Rolle: 9 Prozent aller Befragten haben diese in einer Patientenverfügung schriftlich festgehalten, teilweise zusätzlich noch zu einem Organspendeausweis. Wer sich entscheidet, stimmt meist einer Organ- und Gewebespende nach dem Tod zu (74 Prozent). Auf die Frage nach den Motiven geben 77 Prozent an, dass sie anderen Menschen helfen wollen.



Organempfänger mit Bundesgesundheitsminister Gröhe

Bei der Aktion „Geschenkte Lebensjahre“ zeigten Organempfänger mit Schildern die individuelle Anzahl der ihnen durch eine Organ- und Gewebespende geschenkten Jahre. 882 zusätzliche Lebensjahre waren es dieses Mal – so wird sichtbar, was die Entscheidung zur Organ- und Gewebespende tatsächlich bedeuten kann.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf der Seite der BZgA unter www.organspende-info.de. Die Informationskampagne „Organ- und Gewebespende – die Entscheidung zählt“ wird vom Bundesministerium für Gesundheit und von der BZgA im Herbst fortgesetzt.

Unsere Themen

BZGA-INFORMATIONSKAMPAGNE

INFEKTIONSKRANKHEITEN

DIALOGE ZUR PFLEGE

NEUE TERMINSERVICESTELLEN

EUROPÄISCHE IMPFWOCHE

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



Ich werde oft gefragt, ob ich selbst einen Organspendeausweis besitze. Den habe ich und trage ihn mit großer Überzeugung immer bei mir.

Es ist gut, dass 81 Prozent aller Menschen in Deutschland der Organ- und Gewebespende aufgeschlossen gegenüberstehen. Allerdings hat nur ein Drittel der Bevölkerung tatsächlich einen Organspendeausweis. Der Tag der Organ- und Gewebespende erinnert uns jedes Jahr an dieses lebenswichtige Thema: Organ- und Gewebespende rettet Leben! Ich wünsche mir daher, dass sich immer mehr Menschen mit dem Thema Organ- und Gewebespende befassen, die Informationsangebote wahrnehmen und mit ihren Familien und im Freundeskreis darüber sprechen. Am besten ist es, eine persönliche Entscheidung in einem Organspendeausweis festzuhalten. Das schafft nicht nur im Ernstfall Klarheit und Sicherheit – vor allem für die eigenen Angehörigen. Es hilft auch, das Geschenk des Lebens weiterzugeben, wenn es darauf ankommt.

Ihr Hermann Gröhe

Bundesgesundheitsminister

JETZT GEHT ES UM DAS „LIEBESLEBEN“



Das neue Kampagnenlogo „LIEBESLEBEN“ ersetzt den bekannten Ausspruch „Gib Aids keine Chance“

Der Ausspruch ist in den letzten drei Jahrzehnten zu einem stehenden Begriff geworden. Unter dem Titel „Gib Aids keine Chance“ informiert die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bereits seit 1987 über den HI-Virus. Nun wird die Gesundheitskommunikation zu verschiedenen sexuell übertragbaren Infektionen (STI) unter dem neuen Markendach „LIEBESLEBEN“ gebündelt. Als Fortsetzung der erfolgreichen Präventionsarbeit bietet die neue Marke ein breites Informations- und Beratungsangebot zu allen Themen rund um Sexualität und Gesundheit. Ein Rückblick zeigt die Veränderungen der Kommunikationsmaßnahmen.

1993

1993 erscheinen die ersten „mach’s mit“-Motive als Anzeigen. 1994 gibt es die ersten „mach’s mit“-Großplakate der BZgA. Sie erregen großes Aufsehen – in der Öffentlichkeit hat es eine so prominente Präsenz von Kondomen bisher nicht gegeben.



1985



Während heute nahezu die gesamte deutsche Bevölkerung das zum Schutz vor HIV beziehungsweise Aids notwendige Basiswissen besitzt, sah das vor gut 30 Jahren noch anders aus. Die BZgA beginnt gezielt zu informieren. Es erscheint eine erste Broschürenreihe mit Basisinformationen zum Thema Aids beziehungsweise HIV für die Allgemeinbevölkerung sowie für spezielle Zielgruppen.

1987



Die Serie der TV-Spots der BZgA startet mit zehn vielbeachteten Informationsfilmen. Danach folgen bis einschließlich 2006 etwa 80 weitere. Besonders der 1989 gedrehte „Supermarktpot“ mit Ingolf Lück und Hella von Sinnen wird zum „Klassiker“. Der Ausruf „Tina, wat kosten die Kondome?“ ist bis heute bekannt.

2006



Für die bekannte, seit vielen Jahren laufende „mach’s mit“-Kampagne mit den minimalistischen, bunten, frontal gezeigten Kondomen und den frechen Sprüchen wurde in Zusammenarbeit mit Studentinnen und Studenten von Hochschulen für Kommunikationsdesign und Gestaltung eine neue aufmerksamkeitsstarke Gestaltungslinie für die Großplakatierung der Jahre 2006–2008 entwickelt. Die verschiedenen Motive gibt es als Postkarte und Plakat.

1991

Die „Rote Schleife“ startet ihre „Karriere“ als heute weltweit verstandenes Zeichen für Solidarität mit Betroffenen.



2009

Die neue „mach's mit“-Präventionskampagne zeigt Orte – Liebesorte – und greift damit die Lebenswelten ihrer Zielgruppen auf.



2013

Die Kampagne „mach's mit Wissen & Kondom“ kommuniziert erstmals neben HIV auch andere sexuell übertragbare Infektionen als wichtiges Schutzthema auf Großplakaten.



2016



Die neue Kampagne LIEBESLEBEN arbeitet mit aufmerksamkeitsstarken Cartoon-Motiven, die auf humorvolle Weise zur Enttabuisierung von sexuell übertragbaren Infektionen beitragen. „Benutzt Kondome“ und „Bei Symptomen ab zum Arzt“ sind dabei die zentralen Botschaften.

2012

Die gemeinsame Kampagne des BMG, der BZgA, der Deutschen AIDS-Hilfe und der Deutschen AIDS-Stiftung zum Welt-Aids-Tag stellt eindrucksvoll Porträts von mutigen Männern und Frauen mit HIV in den Mittelpunkt. Sie zeigt damit die große Vielfalt des Lebens mit HIV und wirbt für Respekt und Akzeptanz.



2014

Anzeigenmotive zum Welt-Aids-Tag 2014: Die Gemeinschaftsaktion stellt ganz persönliche „Gewissensfragen“. Denn die meisten Menschen wissen, dass sie im Alltag vor einer Infektion mit HIV sicher sind. Aber in den Situationen, in denen es auf dieses Wissen ankommt, vertrauen manche doch nicht darauf – die Ängste sind stärker. Darum fragt „Positiv zusammen leben“: „Was würdest du tun?“



WEITERE INFOS

www.bzga.de

OFFEN REDEN UND BESSER SCHÜTZEN

Mindestens

300.000 MENSCHEN

sind in Deutschland mit dem Hepatitis-B-Virus infiziert, noch einmal mindestens 300.000 mit Hepatitis C.

Die Rahmenbedingungen im Kampf gegen sexuell übertragbare Krankheiten verändern sich fortwährend. So hat sich die geschätzte Zahl der HIV-Neuinfektionen in Deutschland seit 2006 zwar stabilisiert, Daten zu anderen Erkrankungen weisen aber auf mitunter starke Anstiege hin. Mit einer neuen Strategie geht die Bundesregierung auf diese Entwicklung ein. Das Augenmerk richtet sich dabei auf die zusammenhängende Betrachtung verschiedener sexuell übertragbarer Infektionen.

Seit mehr als zehn Jahren wirkt die Bundesregierung darauf hin, die Zahl der HIV-beziehungsweise Aids-Infektionen gering

zu halten: Bereits 2005 wurde mit einer eigenen Bekämpfungsstrategie erfolgreich die Grundlage dafür gelegt. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse bestärken nun den Ansatz, HIV im Zusammenhang mit anderen sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten zu betrachten. Darauf aufbauend soll von nun an eine neue integrierte Strategie dafür sorgen, die Eindämmung zusammenhängend voranzutreiben. Dieses Ziel wird unter dem Namen „BIS 2030 – Strategie zur Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C und anderen sexuell übertragbaren Infektionen“ verfolgt.

5.700 SYPHILIS-INFEKTIONEN

wurden 2014 gemeldet.

SEXUELL ÜBERTRAGBARE INFEKTIONEN IM WANDEL

Vollkommen neu ist der übergreifende Ansatz nicht. Eine Vielzahl von sexuell übertragbaren Infektionen war bereits Bestandteil der bestehenden HIV-Strategie.

3.200 HIV-NEUINFEKTIONEN

im Jahr 2014. Weltweit infizieren sich etwa zwei Millionen Menschen neu mit HIV.

Dennoch gelang es bislang nicht, für diese Krankheiten das gleiche Maß an Aufmerksamkeit zu schaffen. So sind die Neuinfektionszahlen von Syphilis und Gonorrhoe in den letzten Jahren sowohl in Deutschland als auch in Nachbarländern überproportional angestiegen. Es gilt daher, noch mehr Aufmerksamkeit für die Risiken und Schutzmöglichkeiten – insbesondere bei jungen Menschen – zu erreichen. An diesem Punkt setzt die neue Strategie mit drei Leitgedanken an: Sie wird „bedarfsorientiert“, „integriert“ sowie „sektorübergreifend“ wirken.

Als zentrale Handlungsfelder wurden dafür fünf Bereiche identifiziert. Es soll ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das es möglich macht, über Sexualität und sexuell übertragbare Krankheiten zu sprechen. Um eine möglichst große Wirkung von Maßnahmen zu erreichen, steht ein optimaler Einsatz der Ressourcen für bedarfsgerechte Angebote im Fokus. Es gilt zudem, über verschiedene Sektoren hinweg Beteiligte miteinander zu vernetzen. Des Weiteren ist das Ziel, integrierte Angebote zu entwickeln, die die verschiedenen Erreger berücksichtigen und Prävention, Testung sowie Versorgung miteinander verbinden. Schlussendlich soll mit aktuellen Daten die Wissensgrundlage weiter ausgebaut werden. So entsteht ein starkes Grundgerüst für die nachhaltige und erfolgreiche Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C sowie anderen sexuell übertragbaren Infektionen.

ANZAHL DER HIV-INFEKTIONEN 1975–2014

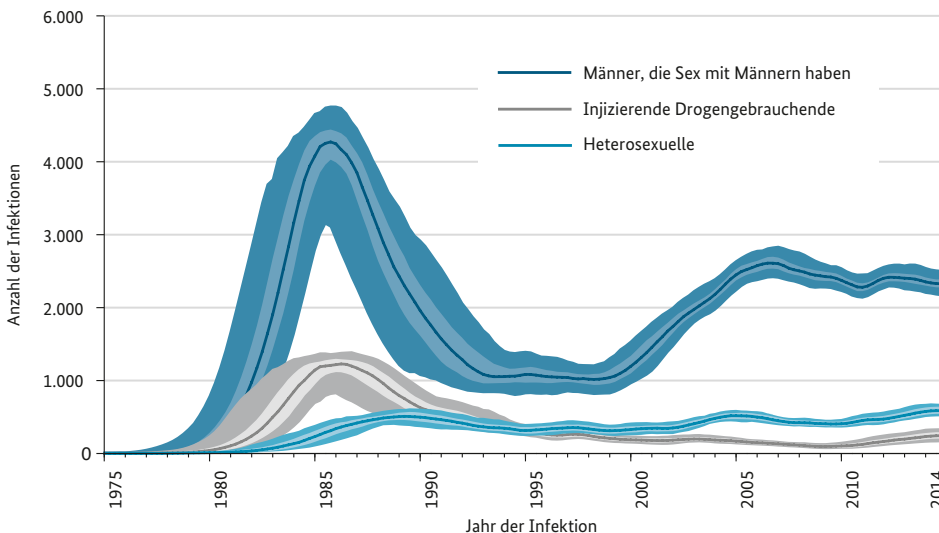


Abbildung 1: Geschätzte Gesamtzahl der HIV-Neuinfektionen in Deutschland von 1975 bis 2014 nach Transmissionsgruppen (Männer, die Sex mit Männern haben [MSM], injizierende Drogengebrauchende [IDU] und Heterosexuelle [Hetero])
Quelle: Epidemiologisches Bulletin 45/2015, 478

EXPERTEN DISKUTIEREN ZUM THEMA PFLEGE

Dem Thema Pflege kommt in Deutschland eine herausragende Bedeutung zu. Dies betonte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe im Rahmen des Deutschen Pfl egetages im März. Verschiedene Gesetzesänderungen belegen, dass die Bundesregierung in diesem Bereich einen deutlichen Schwerpunkt setzt. Um über bisherige wie anstehende Neuerungen zu informieren, wurde der Regionaldialog „Pflege stärken“ gestartet. Hierbei geben Experten Informationen über die Pflegestärkungsgesetze weiter und gehen auf Fragen aus der Praxis ein.

Es war ein großes Treffen in Berlin. Insgesamt 6.000 Interessierte kamen in der Hauptstadt zum Deutschen Pfl egetag 2016 zusammen. Vertreter aus Pflege, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besuchten zwischen dem 10. und 12. März das zentrale Event für Pflege in Deutschland. In über 70 Foren und Veranstaltungen sprachen dabei 170 Referentinnen und Referenten. Gemeinsam stellten sie die Bedeutung des Themas für die Gegenwart und Zukunft heraus. „Rund eine Million Pflegekräfte engagiert sich tagtäglich in den 12.700 ambulanten Pflegediensten und 13.000 stationären Pflegeeinrichtungen“, zeigte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe in seiner Rede auf. „Hier übernehmen sie eine für uns alle unverzichtbare Aufgabe.“



Zugleich machte der Bundesminister als Schirmherr der Veranstaltung auch deutlich, dass die Stärkung der Pflege in Deutschland ein zentrales Anliegen der Bundesregierung in dieser Wahlperiode ist. Mit den Pflegestärkungsgesetzen konnten bereits zahlreiche Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte erreicht werden. Weitere folgen zu Jahresbeginn 2017. Der damit verbundene Wandel in der Pflegelandschaft wirft bei vielen Beteiligten



auch Fragen auf. Aus diesem Grund wurde mit dem Regionaldialog „Pflege stärken“ eine Informationsreihe geschaffen, die Antworten bietet.

EXPERTEN INFORMIEREN ÜBER DIE PFLEGESTÄRKUNGSGESETZE

Im März waren beispielsweise in Berlin viele Kenner und Praktiker der Pflegelandschaft zusammengekommen. Anbieter von Pflegedienstleistungen und Beratungsangeboten, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen und Pflegekassen, Pflegenden im privaten Umfeld und Pflegebedürftige folgten der Einladung zum Gespräch. Ziel der Zusammenkunft war es, die vielfältigen Veränderungen, die sich aus den beiden Pflegestärkungsgesetzen ergeben, zu erläutern und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu diskutieren.

Bis Ende 2017 finden in dieser Weise in jeder Metropolregion Deutschlands drei Veranstaltungen statt, die thematisch aufeinander aufbauen. Die ersten fünf Veranstaltungen im März 2016 boten bereits Gelegenheit zum Austausch von Erwartungen, Erfahrungen und Ideen. Die Atmosphäre der Diskussionen war geprägt durch den offenen, regen und fachlich-kritischen Austausch untereinander

sowie mit den Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums.

Besonders viel Raum nimmt in den Diskussionen die Frage nach der passenden Strategie ein: Wie können die Beteiligten vor Ort die begonnenen und noch anstehenden Veränderungen gut in ihren Einrichtungen und Diensten umsetzen? Die Möglichkeiten reichen dabei von den Vertragsverhandlungen und der Überarbeitung der Konzepte bis hin zu Anpassungen der Leistungsangebote. Fragen beantworteten die Expertinnen und Experten des Ministeriums vor Ort, und auch über die projekteigene Website können sich die Beteiligten umfangreich informieren.

Im April 2016 schloss die erste Runde der Dialoge mit Veranstaltungen in Mannheim, Stuttgart, München, Duisburg und Frankfurt am Main. Die zweite Runde der insgesamt 30 Veranstaltungen findet im Herbst 2016 statt, die dritte im Frühjahr 2017. Zusätzlich zu den Regionalveranstaltungen sind registrierte Nutzer eingeladen, sich mittels Dokumenten, Filmen und Webinaren zu informieren und am Online-Dialog zu beteiligen.

WEITERE INFOS

www.regionaldialog-pflege.de



UMFRAGE ZU TERMINSERVICESTELLEN

DIE MEINUNG DER VERSICHERTEN IST GEFRAGT

Viele Patientinnen und Patienten kennen das: Sie benötigen einen Termin bei einer Fachärztin oder einem Facharzt. Doch der Termin, der ihnen angeboten wird, ist noch viel zu lange hin. Deshalb hat der Gesetzgeber mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz die sogenannten Terminservicestellen ins Leben gerufen. Eine Umfrage beleuchtet den Stand der Entwicklung.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind seit dem 23. Januar 2016 verpflichtet, diese Stellen einzurichten. Sie haben den Auftrag, im Bedarfsfall zeitnah einen Termin bei einem Facharzt zu vermitteln. Die bisherigen Berichte in der Öffentlichkeit zeigen dabei: Die Kassenärztlichen Vereinigungen haben die gesetzlichen Vorgaben höchst unterschiedlich umgesetzt.

Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Patientenbeauftragter und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, hat daher im Internet eine kurze Online-Umfrage zu den Terminservicestellen gestartet. Patientinnen und Patienten, die sich bereits an eine Terminservicestelle gewandt haben, können dabei ihre Erfahrungen schildern: Haben die Terminservicestellen bei der Vermittlung eines Termins geholfen? An die Terminservicestelle welcher Kassenärztlichen Vereinigung haben die Versicherten sich gewandt? Wie wurde ihnen geholfen oder warum wurde ihnen nicht geholfen? Wie lange mussten sie warten, bis sie den vermittelten Termin wahrnehmen konnten?

Laumann möchte durch die Umfrage einen ersten Eindruck erhalten, ob die neuen Terminservicestellen aus Sicht der Versicherten

funktionieren: „Es ist das ganz klare Ziel des Gesetzgebers, die Wartezeiten auf Facharzttermine zu verringern und damit die medizinische Versorgung der Menschen in unserem Land zu verbessern. Ersten Berichten zufolge haben in den ersten fünf Wochen der Tätigkeit der Terminservicestellen knapp 10.000 Patientinnen und Patienten einen Termin vermittelt erhalten. Das zeigt, dass es richtig und notwendig war, die Stellen zu errichten. Mich interessiert aber auch, ob es bei der Vermittlung qualitative Unterschiede zwischen den einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen gibt.“

Hintergrund: Die Terminservicestellen müssen Patientinnen und Patienten im Bedarfsfall innerhalb von vier Wochen einen Termin bei einer niedergelassenen Fachärztin beziehungsweise einem niedergelassenen Facharzt oder in einem Krankenhaus vermitteln.

Die Termine müssen in zumutbarer Entfernung erreichbar sein. Die Terminservicestellen können allerdings keinen Termin bei der Wunschärztin beziehungsweise dem Wunscharzt vermitteln.



Und
auch sonst
nirgendwo!

WEITERE INFOS

www.patientenbeauftragter.de/umfrage



EUROPÄISCHE IMPFWOCHE 2016

AKTIV BLEIBEN IM KAMPF GEGEN MASERN & CO.

Einst verbreiteten Röteln und Polio große Angst. Ebenso Masern und Mumps. Impfprogramme konnten diesen einen großen Teil ihres Schreckens nehmen. Damit aber nicht ausgerechnet die bisherigen Erfolge zu einem Nachlassen der Bemühungen führen, machte die Europäische Impfwoche 2016 zusätzlich auf das Thema aufmerksam.

Es ist ein kleiner Stich mit großer Wirkung. Impfungen können helfen, das Anstecken mit schweren Infektionskrankheiten zu verhindern beziehungsweise deren Folgen zu mildern. Die verbreitete Durchführung von Impfprogrammen in den letzten 30 Jahren resultierte in einem deutlichen Rückgang der Zahl der Erkrankungen und der Sterbefälle. Dennoch muss noch mehr getan werden. Denn noch immer stehen Aufgaben an. So erhalten in der Europäischen Region beispielsweise fast 650.000 Kinder nicht die erste Dosis des Masernimpfstoffes.

DIE WIRKSAMSTE METHODE GEGEN INFektionsKRANKHEITEN

Im Rahmen der Europäischen Impfwoche (EIW) wurde nochmals auf diese Notwendigkeit aufmerksam gemacht. Vom 24. bis

zum 30. April 2016 betonten dabei Experten aus der ganzen Welt die Bedeutung von Impfungen als wirksamster Methode zur Verhütung von Infektionskrankheiten.

Die seit 2005 jährlich veranstaltete EIW dient dazu, auf den Kampf gegen Krankheiten, die durch Impfung vermeidbar wären, aufmerksam zu machen und die Entwicklung dieser Anstrengungen zu erhalten.

MEHR WISSEN ÜBER MASERN UND RÖTELN

Im Einklang mit dem weltweiten Motto „Impflücken schließen“ diente die EIW 2016 insbesondere dazu, das Wissen über den Status der Masern und Röteln in der Europäischen Region zu verbessern. Zudem wurde darüber informiert, welche weiteren Maßnahmen in allen Ländern benötigt werden, um allen einen ausgewogenen Schutz vor diesen Krankheiten zu sichern.

INFektionsKrankheiten MACHEN NICHT AN GRENZEN HALT

Die Europäische Impfwoche ist eine regionsweite Initiative, die unter der Leitung und Koordinierung des WHO-Regionalbüros für Europa in Zusammenarbeit mit bedeutenden Beteiligten in der Region stattfindet.

Zahlreiche Länder wirken aktiv mit und nutzen die Initiative zur Impfförderung durch gezielte Überzeugungs- und Kommunikationsaktivitäten sowie durch die Immunisierung stark gefährdeter Gruppen. Eine Reihe einflussreicher Impfpartner bietet dabei Unterstützung und hilft Ländern bei der Durchführung von Aktivitäten auf der nationalen und subnationalen Ebene. Zu diesen Partnern zählen Vereinigungen von Gesundheitsfachkräften, nichtstaatliche Organisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Die Europäische Impfwoche ist Teil einer globalen Aktionswoche. Die Weltimpfwoche unterstreicht die Bedeutung von Impfungen während des gesamten Lebens. Sie macht die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, besonders gefährdete Gruppen zu erreichen, die sich in Konfliktsituationen befinden oder unmittelbar Notlagen ausgesetzt sind.

WEITERE INFOS

www.bmg.bund.de/fokusimpfen
#FokusImpfen
www.impfen-info.de

TERMINE SOMMER 2016

TAG DER OFFENEN TÜR IM GESUNDHEITSMINISTERIUM

27. und 28. August 2016, Berlin

Das Bundesministerium für Gesundheit öffnet seine Türen und heißt alle Bürger willkommen, die einen Blick hinter die Kulissen werfen möchten. Neben zahlreichen Informationen zum Thema Gesundheit bietet das Ministerium ein abwechslungsreiches Programm für Groß und Klein.

WEITERE INFOS

www.bmg.bund.de

INTERNATIONALER TAG DER PATIENTENSICHERHEIT

17. September 2016

In diesem Jahr steht das Thema Medikationssicherheit im Fokus des Aktionstages. Verschiedene Einrichtungen, Organisationen und Verbände zeigen einfache und neuartige Wege auf, wie die Risiken bei der Medikamentenanwendung im Alltag möglichst gering gehalten werden können.

WEITERE INFOS

www.tag-der-patientensicherheit.de

WOCHE DER DEMENZ UND WOCHE DER WIEDERBELEBUNG

19.–25. September 2016

Gleich zwei Aktionswochen finden im Herbst unter der Schirmherrschaft des Bundesgesundheitsministeriums statt: In der Woche der Demenz soll die Bevölkerung für die Krankheit sensibilisiert werden. Die Woche der Wiederbelebung ruft dazu auf, Erste Hilfe zu leisten.

WEITERE INFOS

www.einlebenretten.de
www.bmg.bund.de/demenz

AKTUELLES

125 Jahre Robert Koch-Institut

Risiken verlässlich einordnen und Empfehlungen zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheit erarbeiten. Dies leistet das Robert Koch-Institut bereits seit 125 Jahren. Das Jubiläum wird unter anderem mit einer wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Public Health“ begangen. Internationale Gastredner referieren hierbei über verschiedene Perspektiven. Im Zuge der Feierlichkeiten stehen auf dem Programm auch ein zwölfteiliger Salon zur Institutsgeschichte und ein Kindertag unter dem Motto „Forschen wie die Großen“.

WEITERE INFOS

www.rki.de

Informationen zur Pflege

Die Pflege in Deutschland wurde in der laufenden Legislaturperiode mit dem Pflegestärkungsgesetz I bereits nachhaltig gestärkt. Am 1. Januar 2017 entfaltet zusätzlich das Pflegestärkungsgesetz II seine Wirkung. Aber was bedeutet das für die Menschen? Auf welche Leistungen hat wer Anspruch? Was verändert sich im Einzelnen? Mit einer neuen Broschüre informiert das Bundesgesundheitsministerium über die bisherigen Verbesserungen und anstehende Veränderungen im Zuge der Pflegestärkungsgesetze.

WEITERE INFOS

www.wir-stärken-die-pflege.de

Pharmadialog bringt Ergebnisse

Zukunftsweisende Forschung, hochwertige Arzneimittelversorgung und ein starker Produktionsstandort Deutschland: Diese Ziele verfolgen die Teilnehmer des „Pharmadialogs“. Am 12. April stellten unter anderem Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, Forschungsstaatssekretär Georg Schütte und Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Sontowski in Berlin ihre Ergebnisse vor. Vertreter aus Industrie, Wissenschaft, Forschung und Gewerkschaft waren an den Diskussionen und der Präsentation beteiligt.

WEITERE INFOS

www.bmg.bund.de/pharmadialog

Impressum

Herausgeber: Bundesministerium für Gesundheit, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 11055 Berlin

V. i. S. d. P.: Heiko Rottmann-Großner

Gestaltung: Scholz & Friends Berlin GmbH

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Fotos: S. 1: links: BMG/Lukas Barth, rechts: BMG/Jochen Zick (action press); S. 2/3: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln; S. 5: BMG/Photothek; S. 6: GettyImages; S. 7: BMG/Thomas Imo

Abonnement unter: www.bmg-gp.de

Als institutioneller Besteller können Sie bis zu 50 Exemplare der „Gesundheit und Pflege aktuell“ abonnieren. Bitte senden Sie eine E-Mail an: info@bmg-gp.de

Sie können diese Ausgabe der „Gesundheit und Pflege aktuell“ unter Angabe der Bestellnummer BMG-G-11072 auch einzeln nachbestellen: publikationen@bundesregierung.de

Möchten Sie die „Gesundheit und Pflege aktuell“ nicht mehr im Abonnement beziehen?

Dann senden Sie eine E-Mail an: info@bmg-gp.de

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Gesundheit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist besonders die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Bürgertelefon zur Krankenversicherung

 030 / 340 60 66 – 01


Bürgertelefon zur Pflegeversicherung

 030 / 340 60 66 – 02


Fragen zur gesundheitlichen Prävention

 030 / 340 60 66 – 03

Fragen zur Suchtvorbeugung

 02 21 / 89 20 31*

Beratungsservice für Gehörlose

 030 / 340 60 66 – 07 Telefax

030 / 340 60 66 – 08 ISDN-Bildtelefon

* BZgA-Informationstelefon zur Suchtvorbeugung, Mo.–Do. 10 bis 22 Uhr, Fr.–So. 10 bis 18 Uhr